

Bericht: Kassenpatienten warten immer länger auf Psychotherapie

Berlin, 19.07.2014, 01:00 Uhr

GDN - Kassenpatienten müssen offenbar immer länger auf eine Psychotherapie warten. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen hervor, über die "Berliner Zeitung" in ihrer Samstagsausgabe berichtet.

Danach stiegen die Ausgaben der Krankenkassen, die zu langen Wartezeiten auf Psychotherapien geschuldet sind, von 2004 bis 2013 um fast das Zehnfache an. Allein zwischen dem ersten Quartal 2011 und dem zweiten Quartal 2013 verdoppelten sich besagte Kosten. Die Ausgaben entstehen, wenn sich Patienten nach wochenlanger Suche vergeblich um Termine bei kassenzugelassenen Psychotherapeuten bemüht haben, berichtet die Zeitung. Sobald die Versicherten in mindestens drei Praxen nachgefragt hätten und binnen drei bis sechs Wochen kein Termin zu bekommen sei, dürften sie sich – allerdings erst nach Absprache mit ihrer Krankenkasse – auch an private Therapeuten wenden. Diese ermöglichten in aller Regel sehr schnell eine Sprechstunde. Für die Therapiekosten stehe zunächst der Patient gerade, erst im Nachhinein würden die Ausgaben von den Krankenkassen erstattet. Dabei fielen deutlich höhere Kosten an als für Kassen-Therapeuten: Die Privaten dürfen bis zum 3,5-fachen des Kassensatzes abrechnen, schreibt die Zeitung weiter. Doch nicht allein aus finanziellen Gründen hält die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Maria Klein-Schmeink, das Procedere für reformbedürftig: "Lange Wartezeiten und die Verweisung auf einen selbst beschafften Therapieplatz mit anschließender Kostenerstattung stellen Menschen mit psychischen Problemen heute vor hohe Hürden und sind für kranke Menschen unzumutbar", sagte die Politikerin der Zeitung. In unterversorgten Regionen wie dem Ruhrgebiet seien Wartezeiten von 17 Wochen keine Seltenheit. Ursache für diesen Missstand ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer, Rainer Richter, eine "massive Unterversorgung": "Die Anzahl der Psychotherapeuten mit Kassenzulassung reicht nicht aus, um psychisch erkrankte Menschen ausreichend zu versorgen." Die Zahlen, die die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen veröffentlichte, bestätigten diese Einschätzung: Erstatteten die Kassen 2004 nur etwa acht Millionen Euro für wartezeitbedingte Privattherapien, waren es allein im ersten Halbjahr 2013 bereits 27,5 Millionen Euro, berichtet die BZ. Die Bundesregierung räumt ihrer Antwort auf die Grünen-Anfrage demnach ein, "dass Versicherte im Einzelfall Schwierigkeiten haben, zeitnah eine psychotherapeutische Versorgung im Rahmen des Sachleistungsprinzips zu erhalten" und verweist auf das im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben, die Wartezeiten zu verkürzen. Konkrete Schritte allerdings würden nicht genannt. Immerhin sei die Vorgänger-Regierung in der Sache bereits tätig geworden. Das seinerzeit FDP-geführte Ministerium habe sich Anfang 2013 zu einem radikalen Schritt entschlossen: Die den Krankenkassen entstehenden Kosten werden seit dem 3. Quartal 2013 einfach nicht mehr erfasst. Richter: "Die Bundesregierung handelt nach dem Motto: was ich nicht sehe, das gibt es nicht."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-37980/bericht-kassenpatienten-warten-immer-laenger-auf-psychotherapie.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com